

Erkner – ungefiltert

Informationen der Fraktion DIE LINKE
in der Stadtverordnetenversammlung Erkner
Nr. 1/2014 vom 1. Februar 2014

DIE LINKE.

Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung Erkner

Milchglasdurchsicht ist keine Transparenz

„Transparenz“ ist ein Fremdwort. Das lateinische *Transparens* heißt so viel wie durchscheinend oder auch Durchsichtigkeit. In der Politik bezeichnet man Vorgänge als transparent, die von der Öffentlichkeit nachvollziehbar sind.

Wir sind geneigt, unseren Bürgermeister Jochen Kirsch (SPD) zu beglückwünschen. Er hat in die 29. Stadtverordnetenversammlung (SVV) am 11. Februar 2014 einen Antrag eingebracht, der fast wortgleich dem der LINKEN aus der 2. Sitzung der SVV von 2008 ist. In der Geschäftsordnung der SVV heißt es im Paragraph 13, dass die Öffentlichkeit über deren Beschlüsse im Amtsblatt informiert wird. Nach langem Ringen mit sich selbst entschied sich Herr Kirsch nun, den damals abgelehnten Antrag der LINKEN nun selbst einzubringen und über die Beschlüsse der SVV auf der Internetseite der Stadt zu informieren. Das ist ein klitzekleiner Schritt in Richtung Transparenz. Oder versucht der Bürgermeister uns damit die Augen zu verkleistern? Denn Information über die Beschlüsse hat nichts mit der Veröffentlichung von Sitzungsprotokollen zu tun.

Am 25. Juni 2013 war auf Antrag der Fraktion DIE LINKE mehrheitlich beschlossen worden: „Auf der Internetseite der Stadt sollen unter dem Stichwort ‚Kommunalpolitik‘ nicht nur die Tagesordnungspunkte der öffentlichen Ausschuss- und Stadtverordnetenversammlungen veröffentlicht werden, sondern auch die jeweiligen Dokumente und Beschlussvorlagen. Die entsprechenden

Protokolle sollen auf der Internetseite nachzulesen sein.“

Kurze Zeit danach gab es nach einem Doppelklick auf den Link „Kommunalpolitik“ zumindest Daten, Tagesordnungspunkte und Beschlussvorlagen zu lesen. Dann schlug der Datenschutz zu: Sollen vollständige Namen oder nur Initialen der Bürger, die in der Fragestunde sprachen, veröffentlicht werden? Was ist, wenn Sie mit Namensnennung einverstanden sind und das schriftlich

erklären? Die Hauptamtsleiterin Beate Kirscht holte sich Rückendeckung von der Kommunalaufsicht. Die Antwort beseitigte aber den Streit nicht. Der Vorstand der Stadtverordneten will sich erst mit der Protokollführung beschäftigen, doch der Bürgermeister hat schon mal, ohne Kenntnis der Stadtverordneten,

eine Anweisung an die Sitzungsdienste erlassen. Es gibt keine Protokolle im eigentlichen Sinn.

Das Ergebnis kann im Internet begutachtet werden. Die Sitzungstermine auf der Eingangsseite stammen aus dem Jahr 2013, der Haushaltsplanentwurf 2014 ist nicht lesbar. Transparenz geht doch anders. Oder? es



Foto: Fotolia.de, Oliver Boehmer – bluedesign®

Stadtverordnetenversammlung 11. Februar, 18.30 Uhr, Rathaus

Aus der Tagesordnung: Beschlüsse zur Haushaltssatzung und des Produkthaushaltes der Stadt Erkner für 2014 und **Bürgerfragestunde**

Mangelhafter Haushaltsplan 2014

Das kommunale Haushaltsrecht wird von Haushaltsgrundsätzen bestimmt. Sie heißen deshalb so, weil sie sich im Hinblick auf die Planung und anschließende Durchführung des Haushaltsplans einer Stadt bewährt haben. Ihre Einhaltung ist ein Qualitätsmerkmal des Plans, wie dieser ein Qualitätsmerkmal städtischer Finanzpolitik ist.

Müsste man der Haushaltsplanung der Stadt Erkner als Ausdruck politischen Handelns eine Note geben, würde man sie wohl mit „mangelhaft“ bewerten, weil der für 2014 unterbreitete Lösungsvorschlag an der politischen und rechtlichen Aufgabenstellung vorbeigeht.

Dies beginnt beim Grundsatz der **Vorherigkeit**. Laut § 65 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) sollte der Haushalt spätestens bis zum 31. Dezember des Vorjahres beschlossen sein, um die Planung auch umsetzen zu können. Ist dies nicht der Fall, greift das Nothaushaltsrecht. Der Bürgermeister war auch diesmal nicht in der Lage, rechtzeitig eine entsprechende Planung vorzulegen.

Die nach § 85 BbgKVerf seit einigen Jahren vorgeschriebene „Eröffnungsbilanz“ fehlt noch immer. Offensichtlich ist die Inventur des Anlage- und Buchvermögens der Stadt noch nicht fertig oder es ist mittlerweile so viel Zeit ins Land gegangen, dass die Daten korrigiert werden müssten. Die Zeit schreitet voran, und Korrekturen sind nur bedingt zulässig.

Auch beim Jahresabschluss 2012 gemäß § 82 BbgKVerf herrschte Fehlanzeige. Er soll sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen enthalten und die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt darstellen.

Es bleibt das Geheimnis des Bürgermeisters und der SPD/CDU-Mehrheit in der SVV, wie man eine Zustimmung zu einer Planung der Kämmerin geben kann, wenn nicht bekannt ist, auf welcher Grundlage sie aufbaut. Für die Jahre 2011 und 2012 existieren nur vorläufige Rechnungsergebnisse. Es fehlten die Jahresabschlüsse der städtischen Unternehmen (Wohnungsgesellschaft) und des Eigenbetriebs (Sportzentrum). Mit Blick auf den Grundsatz der **Sparsamkeit**

und Wirtschaftlichkeit von Verwaltungshandeln ist es spannend, wie sich der Eigenbetrieb Sportzentrum rechnet.

Es ist sicher, dass dieses Vorzeigebild ein „Groschengrab“ bleibt, legt man die Angaben im Haushaltsplan zu den sogenannten Transferausgaben (Leistung ohne Gegenleistung) zugrunde, wonach der im Jahre 2011 noch bei 65 000 Euro bezifferte Zuschuss an das Sportzentrum sich mittlerweile auf stolze 241 500 Euro belaufen soll. Dieser Umstand lässt erahnen, wie das Ergebnis für 2012 ausgefallen ist.

Im Jahre 2010 erklärte unsere Fraktion, als es um den Bau des Zentrums und die Etablierung des Eigenbetriebs ging: „*Es muss ein Betreiberkonzept her, damit sich das Ganze rechnet.*“ Womit wir bei dem Grundsatz der **Haushaltsklarheit und -wahrheit** angelangt wären. Niemand verlangt von einer Planung, dass sie für alle Eventualitäten Vorsorge trifft, aber absehbare Risiken dürfen nicht verschwiegen werden. Das CityCenter Erkner, welches der Bürgermeister als sein Vorzeigeprojekt propagiert hat, wird vermutlich nie gebaut. Zu erwarten sind vielmehr Schadensersatzforderungen des Investors und ein langwieriger Rechtsstreit. Dazu findet sich keine Aussage im Haushaltsplan.

So scheint das gesamte Dokument eher nach der Devise erstellt worden zu sein: „Weniger ist mehr!“ Dies mag für die meisten Ausführungen des Bürgermeisters zutreffen. Im Falle des Haushaltsplans der Stadt wäre mehr Substanz aber



Frank Dahmen,
Kandidat zur Kommunalwahl am
25. Mai in Erkner
auf der Liste der
LINKEN

„gut“ und nicht „mangelhaft“, und hätte es vielleicht ermöglicht, diesem nur schwer verständlichen Zahlenmonster zuzustimmen.

Anträge der LINKEN zur SVV am 11.2.

1. Änderungsantrag zum Entwurf der Haushaltsatzung und des Produkthaushaltes für 2014:
Der für 2014 geplanten Ausbau der Hafenstraße ist zurückzustellen, bis eine kostengünstigere und wirtschaftlichere Ausbaulösung gefunden, der mit der jetzigen Ausbauplanung entstehende Verstoß gegen den Bebauungsplan Nr. 8 (Sportzentrum Erkner) beseitigt und die Priorität des Ausbaus in diesem Haushaltsjahr sachlich bewiesen ist.

2. Herabsetzen der Bergstraße, Jahnpromenade und des Kirchwegs von „erschließungsbeitragspflichtig“ auf „straßenbaubeitragspflichtig“

Bei einem Ausbau der Bergstraße, Jahnpromenade und des Kirchwegs ist anstelle des Erschließungsbeitragsrechtes nach dem Baugesetzbuch das Straßenbaubeitragsrecht nach dem Kommunalabgabengesetz anzuwenden. Die Grundstückseigentümer tragen dann statt 90 nur 60 Prozent der Baukosten.

Alle drei Straßen sind den Ausbaupflichten nach fertig hergestellt: Die *Bergstraße* verfügt über eine ausreichende Tragschicht mit einer Deckschicht aus Bitumen. Die *Jahnpromenade* verfügt über einen in barrierefrei begehbar Zustand befindlichen Gehweg und eine Fahrbahn in Bitumenbauweise (Makadam). Der *Kirchweg* besteht aus einer sandgeschlämmten Schotterdecke und ist nicht unbefestigt.

Die begehrte Umstufung soll dem Rechtsfrieden in Erkner dienen, Rechtsstreit vorbeugen. Die Stadt kann und darf sich nicht von Kosten entledigen, die sie nach Recht und Gesetz tragen muss.

3. Beseitigung von Pflanzenwildwuchs aus den Straßenreinigungspflichten auf befestigten Gehwegen herausnehmen, nur Kurzhalten verlangen

Die bisher laut Satzung vorgeschriebene Pflicht, rigoros Pflanzenwildwuchs von befestigten Gehwegen zu beseitigen soll aufgehoben werden. Die Satzung über die Reinigung von Straßen der Stadt Erkner (Straßenreinigungssatzung) vom 7.12.2012 in der geltenden Fassung wird wie folgt geändert: In § 3 Absatz 2 erhält Satz 2 folgende Fassung: „Die Gehwege sind zu kehren, Pflanzenwildwuchs ist kurz zu halten.“

Die vollständigen Anträge mit ihren ausführlichen Begründungen können im Internet unter www.linke-erkner.de nachgelesen werden.

Wieder einmal zieht sie um



„Dieser Umzug fällt mir schwer“, sagt Barbara Zirnstein. Dabei ist es keine neue Erfahrung für sie. Mit Ihren Eltern zog sie mehrmals um. Wo hat sie nicht alles schon gewohnt – in Dresden, Berlin und ... Die längste Zeit verbrachte

sie aber in Erkner. Es waren glückliche, aber auch schwere Jahre, die sie prägten. Gleichzeitig prägte Bärbel auch Erkner. Sie war eine beliebte Lehrerin, engagierte sich ehrenamtlich für ihr Wohnumfeld und für ältere Mitbürger. Sie ist als Stadtverordnete der PDS/LINKEN seit Mitte der 1990er Jahre engagiert. Bildung, Soziales und Kultur, das waren ihre Themen. Über mehrere Jahre war sie die Vorsitzende des entsprechenden Ausschusses. Im Bündnis für Familie arbeitete Bärbel für soziale Gerechtigkeit. Ernsthaft, zuverlässig, streitbar und zugleich ausgleichend versuchte Bärbel in unserer Fraktion zu wirken.

Im Februar 2014 wird sie ihr Stadtverordnetenmandat niederlegen, da sie zu ihren Kindern, Enkeln und Urenkeln nach Berlin zieht. Wir verstehen das, bedauern es aber zugleich. Die Fraktion DIE LINKE in Erkner wünscht Dir, liebe Bärbel, alles, alles Gute, besonders natürlich Gesundheit und Freude im Kreis Deiner Familie. Wir hoffen, wir sehen uns nicht nur auf dem Friedensfest in Strausberg oder auf dem Erkneraner Friedhof, sondern auch mal zu einem lockeren Plausch.

Elvira Strauß, Fraktionsvorsitzende

Impressum
Erkner – ungefiltert – Informationen der Fraktion DIE LINKE in der SVV Erkner, V.i.S.d.P.: Dr. Elvira Strauß, Fraktionsvorsitzende, Telefon: 574 7003
Redaktionsschluss: 31.1.2014
Druck: YesPrint e.K., Köln; Auflage: 5 000 Stück
E-Mail: kontakt@linke-erkner.de
Internet: www.linke-erkner.de

Nachtruhe für Erkner ist Wahlprüfstein

„Nichts hat der Region Berlin-Brandenburg mehr geschadet als die wiederholte Verkündung und der nicht eingehaltenen Termine, inzwischen vier an der Zahl“, so der brandenburgische Ministerpräsident, Dietmar Woidke (SPD), beim BER-Sonderausschuss am 13. Januar 2014 im neuen Landtag. Zur Umsetzung des Nachtflugverbots von 22 bis 6 Uhr äußerte sich Woidke aber zurückhaltend. Er führte aus, dass Berlin eine Änderung des bestehenden Nachtflugverbots von 24 bis 5 Uhr bereits abgelehnt habe.

Anlässlich der Eröffnung des neuen Landtages in Potsdam im Januar 2014 auf das Thema Nachtruhe angesprochen, sagte er: „Wir werden es nicht hinkriegen, keine Flüge von 22 bis 6 Uhr zu haben“.

So schließt sich Dietmar Woidke dem Flughafenkoordinator aus der Potsdamer Staatskanzlei Rainer Bretschneider (SPD) an, der betonte, „man habe keine Macht-, Kauf- und Bestechungsmittel“ zur Verfügung, um ein längeres Nachtflugverbot am BER durchzusetzen. Die Bösen sind also mal wieder „die Anderen“ – in diesem Fall jedoch kommt der Gegner aus der eigenen Partei und schimpft sich „Berliner SPD“.

In der letzten Flughafen-Aufsichtsratssitzung im Dezember 2013 lässt Woidke seinen Vertreter in diesem Gremium, Bretschneider, bei der Aufsichtsrats-Vorsitzendenwahl für Klaus Wowereit (SPD) stimmen. Wohl wissend, dass dieser einem Nachtflugverbot ablehnend gegenübersteht. Des Weiteren bescheinigt unser Ministerpräsident Herrn Wowereit einen „guten Job“ – ein deutliches Zeichen dafür, dass der innere SPD-Parteifriede mehr zählt als die Wünsche und Sorgen der Bürger und dass auf das Wort des Ministerpräsidenten Woidke kein Verlass ist. Wie ist es sonst zu erklären, dass er dem eigentlichen Zankapfel (Wowereit) demonstrativ den Rücken stärkt? Herr Woidke, Sie predigen Wasser und

trinken Wein! Zur Erinnerung: Die Aufsichtsrats-Mitglieder der LINKEN entzogen in der Abstimmung Herrn Wowereit das Vertrauen.

Liebe Erkneranerinnen und Erkneraner,

in diesem Jahr haben Sie gleich mehrmals die Gelegenheit, dieser Klüngel-Politik der Sozialdemokraten einen Denkmalsatz zu verpassen. Wir als LINKE in Erkner kämpfen schon seit langem gegen diese zum Teil verantwortungslose Politik auch auf Stadtebene an. Erst auf Druck

unserer Stadtfraktion ist Erkner wieder in die Fluglärmkommission eingetreten, nachdem sie auf Druck der SPD-Fraktion zuvor verlassen wurde. Vor allem dort kann unsere Stimme aus Erkner gehört und unser Interesse an einer ruhigen Nacht vertreten werden. Nur wer mit spricht, kann auch etwas verändern! Das zeigen auch die vielen Anträge unserer Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung.

Wir möchten gemeinsam mit Ihnen unsere Stadt zum Positiven verändern. Dafür brauchen wir eine starke LINKE, die sich den Problemen offen stellt. Die SPD-Fraktion in Erkner hat sich selbst zum verlängerten Arm des Bürgermeisters Herrn Kirsch degradiert. Es wird abgenickt und die Hand gehoben, an-

statt zu diskutieren und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Diese Unsitte können Sie bei den Kommunalwahlen am 25. Mai 2014 beenden, indem Sie ihre drei Stimmen der LINKEN geben.

Mario Hausmann

*Kandidat zur Kommunalwahl am 25. Mai
in Erkner auf der Liste der LINKEN*



*Mario Hausmann wirbt für ein
BER-Nachtflugverbot von 22
bis 6 Uhr auf dem Erkneraner
Bahnhofsvorplatz*

Der Entwurf des Wahlprogramms der LINKEN zur Kommunalwahl in Erkner ist im Internet unter www.linke-erkner.de veröffentlicht. Inhaltliche Hinweise dazu bitte bis Ende Februar per E-Mail an kontakt@linke-erkner.de senden.